

## Antrag

der CDU-Fraktion

### **Sichere Zukunft in der Pflege – Herausforderungen des Fachkräftemangels anpacken!**

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Gemeinsam mit den Akteuren der Pflegebranche und den Partnern der Pflegeoffensive u.a. über den Landespflegeausschuss darauf hinzuwirken, dass mehr ausgebildete Fachkräfte auf Dauer in ihrem Beruf verbleiben oder in diesen zurückkehren. Dazu sollten auch Pflegeeinrichtungen durch u. a. folgende Maßnahmen aktiv unterstützt werden:
  - a. Angebot zusätzlicher kostenfreier Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Pflegepersonals.
  - b. Angebot einer unabhängigen und externen Supervision oder einer Gesundheitsschulung mit dem Ziel des langfristigen Erhalts der Arbeitskraft.
  - c. Etablierung einer regelmäßigen Informationsveranstaltung zum Wiedereinstieg in den Pflegeberuf. Der Landesfachausschuss sollte zudem durch die Entwicklung attraktiver Rückkehrangebote wie beispielsweise flexiblen Arbeitszeitmodellen für einen beruflichen Wiedereinstieg in die Pflege werben. Diese sollten die jeweilige Lebenssituation zukünftiger Fachkräfte, besonders aber die von Alleinerziehenden und Eltern jüngerer Kinder berücksichtigen, indem sie den Wechsel zwischen Teil- und Vollzeit ermöglichen.
  - d. Fortlaufende Weiterentwicklung und Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
  - e. Professionelle Unterstützung beim Aufbau einer altersgerechten Arbeitsorganisation und einem qualifizierten Gesundheitsmanagement, wodurch auch alle Pflegekräfte ihren Beruf so lange wie möglich ausüben können.
  - f. Einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch über gute Beispiele für den Einsatz digitaler Anwendungen zur Entlastung der Pflegekräfte und zur besseren Arbeitsorganisation.
2. Ein Sonderprogramm zum Qualifikationserwerb in der Altenpflege für noch in den Arbeitsmarkt zu integrierende Personen zu konzeptionieren und durchzuführen. Dabei sind Ausbildungsplätze, die aus diesem Sonderprogramm entstehen zusätzlich zu den bestehenden Plätzen an den

Pflegesschulen zu schaffen. Das Land übernimmt die Ausbildungsvergütung in der Altenpflege. Die hierfür notwendigen Mittel sind im Doppelhaushalt 2019/2020 zu verankern. Insbesondere ist das Programm aufzustellen:

- a. für Langzeitarbeitslose, denen als erster Schritt eine Perspektive in der Pflege aufgezeigt und denen im Erfolgsfall eine Ausbildung oder Umschulung im Pflegebereich ermöglicht werden soll;
  - b. für zugewanderte und geflüchtete Personen, die bereits im Ausland im Gesundheitsbereich gearbeitet haben oder sich erstmalig für das Erlernen des Pflegeberufs interessieren;
  - c. für Alleinerziehende, denen durch die Anwendung von Qualifikationsabschnitten sowie durch Teilzeitausbildung und -arbeit der Einstieg in den Pflegeberuf ermöglicht werden soll. Dazu ist parallel die notwendige Kinderbetreuung sicherzustellen.
  - d. für weitere Gesundheitsberufe, die über einen berufsfeldnahen Abschluss verfügen und durch eine vergleichsweise kurze Qualifikationszeit zur Fachkraft in der Pflege weitergebildet werden können.
3. Im Rahmen der Pflegeoffensive auch die Wertschätzung und das Image des Pflegeberufes zu verbessern. Durch einen frühzeitigen Ansatz sollte zumindest eine Schwerpunktsetzung in der Berufsorientierung bei den Jugendberufsagenturen und in der Schule verfolgt werden.
4. Dem Landtag ist im dritten Quartal 2018, nach dem Bericht zur Pflegeoffensive (DS 6/4521) aus dem Jahr 2016, ein erneuter und aktualisierter Bericht zur Pflegeoffensive und somit auch zur Fachkräftesituation vorzulegen.

### **Begründung:**

In der Pflege fehlen Fach- und Hilfskräfte. Deshalb müssen Berufsangebote besser aufeinander und auch auf bestimmte Personengruppen wie Alleinerziehende, junge Interessierte und Langzeitarbeitslose abgestimmt werden. Dazu gehört ebenso eine deutliche Aufwertung des Pflegeberufs in der öffentlichen Wertschätzung.

Das für Pflege zuständige Ministerium beauftragte 2011 das Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaften der Universität Halle-Wittenberg (IGPW) mit einer wissenschaftlichen Studie zum Thema Fachkräftesicherung in der Pflege. Die sogenannte Brandenburger „Fachkräftestudie Pflege“ wurde daraufhin im Februar 2014 veröffentlicht. Daraus wird ersichtlich, neben der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und der notwendigen Unterstützung von Angehörigen, ist vor allem die Gewinnung von ausreichend Fach- und Hilfskräften eine der zentralen Herausforderungen mit Blick auf die enormen Bedarfe und drohenden Versorgungslücken. Insgesamt wird sich der Personalbedarf in der pflegerischen Versorgung bis 2030 etwa verdoppeln. Die Landesregierung muss daher dringend handeln.

Ingo Senftleben

für die CDU-Fraktion